

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Abt.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.* in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis  $\frac{1}{2}$  10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 *Mk.* bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 *Mk.*; durch die Post monatlich 2.60 *Mk.* freibleibend

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 157

Mittwoch, den 9. Juli 1930

82. Jahrgang

## Deutschlands Antwort auf den Paneuropa-Vorschlag

Die Parteiführerbekämpfung — Die Volkonservativen zur Finanzlage — Dr. Bang — sächsischer Ministerpräsident?

Basel. Wie der Berliner Korrespondent der „Baseler Nachrichten“ erzählt, liegt die deutsche Antwort auf das Briand-Memorandum bereits fertig vor. Die Antwort, so heißt es, schließt sich vollinhaltlich der französischen Ansicht an, daß die Wirtschaft nicht abhängig von politischen Problemen ist. Allerdings könne Europa wirklich nur dann befriedet werden, wenn die politische Befriedung durchgeführt sei. Dies sei nur zu erreichen:

1. durch völlige Gleichberechtigung für alle,
2. durch gleiche Sicherungen für alle.

Die deutsche Antwort erklärt ausdrücklich, daß die Prinzipien, die Deutschland für diese zwei Punkte anerkenne, bereits (sooft auseinandergesetzt worden seien, daß sie an dieser Stelle nicht mehr wiederholt werden müßten. — Man geht dann zu den Wirtschaftsfragen über und beschränkt sich auf die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz von 1927, die vor allen Dingen eine Beseitigung der Handelschwierigkeiten beschließen hat und Vorschläge für die fortschreitende Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs machte. Das wichtigste Problem sei die gemeinschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ferner gehöre zu den internationalen zu behandelnden Problemen auch die Landwirtschaft. Dann verlangt Deutschland, daß alle die außereuropäischen und europäischen Staaten, die sich zunächst nicht an der Paneuropa-Koalition beteiligten, notwendigerweise dazu herangezogen werden müssen.

Der Völkerbund dürfe unter keinen Umständen leiden.

Es dürfe keine Absonderung und Gruppierung nach Kontinenten vorgenommen werden, und alle Vorschläge, die man erwäge, seien zunächst auf die Wirkung gegenüber dem Völkerbund hin zu prüfen und der Stellungnahme des Gesamtvölkerbundes zu unterbreiten.

Zum Schluß führt die deutsche Regierung aus, daß es notwendig sei, das ungeheure Material erst zu prüfen und dann zu sichten. Zu weiteren Maßnahmen sei keine Veranlassung gegeben.

Der Außenminister zur Paneuropa-Denkschrift.

Berlin. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die deutsche Antwort auf die französische Denkschrift über die Organisation einer europäischen Bundesordnung behandelt. Reichsaussenminister Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung der Entwicklung und des Verlaufes der politischen Besprechungen und Tagungen, in denen die Aktion Briands zuerst entstanden ist, und über die Stellungnahme Stresemanns zu den Grundgedanken der Fragen. Der Minister betonte, daß die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 15. Juli in Paris überreicht werden würde.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Wallraf, stellte am Schluß der Sitzung fest, daß sich die Mehrzahl der Parteien unter bestimmten in der Aussprache gemachten Vorbehalten (also den Vorrang der Wirtschaftsfragen) für eine positive Mitarbeit in der Folge des französischen Memorandums ausgesprochen hätten.

Die Parteiführerbekämpfung

Neue Vorschläge der Deutschen Volkspartei

Berlin, 8. Juli. Die Parteiführerbekämpfung, die am Dienstag um 20 Uhr in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Kanzlers und verschiedener Kabinettsmitglieder begann, war um 23 Uhr noch nicht beendet. Wie die Telegraphen-Union erzählt, regte Dr. Schulz, der am Nachmittag bereits eine kurze Vorbesprechung mit Dr. Brüning hatte, erneut an, auf den Einkommensteuersatzschlag von 5 %, der ohnehin mit 58 Millionen *Mk.* nicht sehr zu Buche schlage, zu verzichten und diesen Betrag am Haushalt noch über die geplanten 100 Millionen *Mk.* hinaus einzusparen. Allem Anschein nach wird hier eine Kompromißgrundlage in der Richtung gefunden werden, daß zwar die 58 Millionen nicht mehr direkt eingepart werden können, die Regierung aber hofft, diesen Betrag mit finanziellen Mitteln erübrigen zu können. Im Vordergrund stand ferner die Frage der Gemeindefiskalpolitik, die für die Deutsche Volkspartei eine *conditio sine qua non* geworden ist. Die Volkspartei verlangt, daß die Kopfsteuer für die Gemeinden obligatorisch gemacht wird. Sie beharrt allerdings nicht mehr unbedingt

auf dem Standpunkt, daß um den Kopfsteuerbetrag die Ueberweisungsteuer entsprechend gekürzt werden, dürfte sich vielmehr damit einverstanden erklären, daß angeichts der großen Arbeitslosigkeit diese Steuer zunächst für soziale Zwecke Verwendung findet.

Die Volkonservativen zur Finanzlage

Berlin, 8. Juli. Die Volkonservative Vereinigung befaßt sich in einer längeren Erklärung unter der Überschrift „Einer wirklichen Finanzreform“ mit der Reform der öffentlichen Finanzen. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß es sich bei den, dem Reichstag vorliegenden Deckungsvorlagen nur um eine Zwischenlösung handele. Die Lösung der Neuaufteilung der Aufgaben und Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sei Sache der Winterarbeit des Reichstages. Einen Eingriff der Gesetzgebung in bestehende Lohnabkommen und Tarifverträge lehnten die Volkonservativen ab. Von dem gesunden Sinn des Volkes dürfe man aber erwarten, daß es die notwendige Anpassung der Lohnhöhe an das Preisniveau durchführe. Nach der Seite der Personalausgaben hin dürften sich die im öffentlichen Dienst stehenden jetzigen und ehemaligen Beamten und Angestellten der Ansicht nicht verschließen, daß in Notzeiten auch ihre Bezüge nicht ungeschmälert sein können, wenn nicht das Berufsbeamtentum als solches in Gefahr geraten soll. Notwendig sei auch der Wille, die Reformarbeiten mit fester Hand und unbeirrt alsbald anzupacken. Wenn die Reichsregierung diesen Willen zeige sei die Volkonservative Vereinigung in der Lage, den zurzeit zur Beratung stehenden Gesetzentwürfen „als Teilen einer Zwischenlösung“ zuzustimmen.

Neue deutsch-polnische Roggenvereinbarungen.

Die in Berlin geführten Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenausfuhrabkommens sind im wesentlichen abgeschlossen. Das Ausfuhrabkommen wird um ein Jahr, bis zum 30. Juni 1931, verlängert. Die Bestimmungen sind im allgemeinen unverändert geblieben, vor allem auch die Quotenverteilung, und zwar 60 v. H. für Deutschland und 40 v. H. für Polen. Neu aufgenommen ist lediglich die Bestimmung, daß nicht ausgenutzte Quoten nach zwei Monaten verfallen. Die Unterzeichnung der neuen Vereinbarungen wird in den nächsten Tagen in Warschau erfolgen.

Vor Aufhebung des Stahlhelms Verbots.

Seit einiger Zeit finden zwischen der Reichsregierung und der Preussischen Regierung Verhandlungen über die Aufhebung des von der Preussischen Regierung verfügten Verbots des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen statt. Diese Verhandlungen sollen noch möglichst bis zum Beginn der offiziellen Rheinlandfeiern zum Abschluß gebracht werden. Nach der Auffassung maßgebender politischer Kreise des Westens rechnet man damit, daß das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und in Westfalen in den aller nächsten Tagen aufgehoben wird.

Parlamentarische Niederlage Tardieus

Die französische Regierung in der Kammer überstimmt

In der französischen Kammer stand die Ratifizierungsvorlage über das Petroleumabkommen zwischen dem Staat und der französischen Petroleumkompanie zur Beratung. Die Linke wandte sich gegen die Gesetzesvorlage. In der Abstimmung blieb die Regierung mit 275 gegen 297 Stimmen in der Minderheit, sah sich jedoch nicht veranlaßt, die Vertrauensfrage zu stellen.

Im französischen Senat wurde die Schulfrage behandelt. Im Laufe der Aussprache stellte Ministerpräsident Tardieu gegen eine Interpellation des Senators Jean Philby die Vertrauensfrage und erzielte bei der Abstimmung eine Mehrheit von nur fünf Stimmen.

Das Wichtigste

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wurde, am 1. Juli 1469 000, also um 36 000 weniger als am 15. Juni, und in der Krisenunterstützung 364 000, d. h. 12 000 mehr als am 15. Mai.

Wie das Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien und Wales in der am 30. Juni beendeten Woche 1 830 600. Das sind 75 288 mehr als in der gleichen Woche des vergangenen Jahres.

Reichskanzler Brüning empfing am Dienstag abend die Parteiführer zu einem kleinen Abendessen, bei dem die parlamentarischen Ausschüsse der Deckungsvorlagen besprochen wurden.

Ministerpräsident Tardieu stellte in der Kammer gegen den radikal-sozialistischen Dringlichkeitsantrag, den Soldaten Ernteurlaub zu gewähren, die Vertrauensfrage, die mit 328 gegen 265 Stimmen bejaht wurde.

Vertikales und Sächsisches

Rückgang der Temperaturen.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag trat — wie die öffentliche Wetterdienststelle mitteilt — allgemein ein Rückgang der Temperaturen ein. Als tiefste Nachttemperatur wurden 13,5 Grad gemeldet. Dienstag mittag wurde dann 18 Grad als Tagesmittel bekanntgegeben. Es ist aber damit zu rechnen, daß bei abnehmender Bewölkung und abnehmenden Winden wieder ein Anstieg der Temperaturen erfolgt. Die Wetterlage ist fast im ganzen Reich die gleiche. Nur im Osten besteht eine stärkere Neigung zu Niederschlägen. Die Ost- und Nordseeküste hat fast allgemein kühles und trockenes Wetter.

— Warum keine Getreidehalme in den Mund nehmen? Nicht nur Städter, sondern auch Landleute haben oft die Gewohnheit, im Gehen halb hier, halb dort einen Halme, einen Blütenstengel oder dergleichen auszurupfen, um ihn zum Munde zu führen. Dieser unschuldige aussehende Brauch birgt eine große Gefahr, vor der nicht eindringlich genug gewarnt werden kann. Auf den Halmen und Stengeln haben sich nämlich häufig tödliche Pilze angesiedelt, die, ins Blut gelangt, die furchtbare, zumeist tödlich verlaufende Aktinomykose hervorrufen. Glücklicherweise ist es eine seltene Krankheit. Aber niemand kann wissen, ob er in seinem Munde nicht eine winzige wunde Stelle hat, durch welche ein solcher lebensgefährlicher Strahlenpilz in die Blutbahn geraten könnte. Die Aktinomykose besteht hauptsächlich in ausgebreiteten Eiterungen am Halse, Nacken, an den Rippen oder Wirbeln, durch welche die Kräfte des Kranken erschöpft werden. Manchmal werden sogar die inneren Organe (Lunge, Luftröhre, Darm usw.) von der Krankheit befallen. Charakteristisch ist immer die Bildung weitverzweigter, das Gewebe zerstörender Fistelegänge, sowie die Beschaffenheit des Eiters, in dem sich stets kleine gelbe Körner befinden, welche aus einem Gewirv von Pilzfäden bestehen. Die Behandlung der Aktinomykose ist vorwiegend eine chirurgische. Auch das Weidvieh wird nicht selten von der Krankheit befallen; selbst der Organismus der Rinder ist nicht stark genug, um den Pilzen genügenden Widerstand zu leisten. Bei ihnen treten häufig Geschwülste an den Riefen, im Kehlgange, in der Rachenhöhle und im Magen auf. Eine aus diesem Anlasse entstandene Jungenerkrankung wird wegen der charakteristischen Härte Holzjung genannt.

— Neue Satzungen der Sächsischen Wohlfahrtshilfe. In der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium neue Satzungen der Sächsischen Wohlfahrtshilfe und der Sächsischen Erholungsfürsorge.

Bischofswerda. Unregelmäßigkeiten bei städtischen Kassen. Die Stadtverordneten nahmen am Montagabend den Bericht über eine vor kurzem unermutet vorgenommene Revision der städtischen Kassen entgegen. Es waren namentlich bei der Wohnungskasse und bei der Holzkasse sehr bedenkliche und ungeordnete Zustände vorgefunden worden. Ferner ist die Kammersache trotz mehrfacher Mahnung durch die Stadtverordneten noch mit der Rechnungslegung seit 1925 in Rückstand. Stadtverordneter Dr. Hüttner klagte die Instanzen an, die verpflichtet waren, rechtzeitig und scharf einzugreifen, insbesondere die Revisoren der Rechnung 1924/25, ferner die damalige Aufsichtsbekörde, die Kreis-hauptmannschaft, die trotz seiner Beschwerde nicht durchge-

